Weihnachten, Frühlingsanfang, Mai-Krawalle – wir haben uns daran gewöhnt

Der 1. Mai ist vorbei, alle haben überlebt. Das ist die gute Nachricht. In Berlin bewarfen Vermummte Polizeibeamte mit Böllern, Steinen und Flaschen. Ein Beamter wurde verletzt, es gab 15 Festnahmen. In Hamburg war es etwas munterer. Eine Demonstration wurde aufgelöst, 34 Verletzte, Festnahmen, während der Nacht „Scharmützel“, eine Tankstelle wurde angegriffen, die junge „Revolutionäre“ ausplündern wollten. Der 1. Mai, so waren Polizei und Politik in Berlin und Hamburg einig, war „weitgehend friedlich“. Nun habe ich von „friedlich“ ganz und gar andere Vorstellungen, aber im Grund haben all die Partei- und Polizeisprecher sogar recht. Im Vergleich mit den 90er Jahren, wo es allein in Berlin am 1. Mai auch mal 200 und mehr verletzte Polizisten gab, ist heute gar nichts mehr los. Ein bisschen Gewalt, ein paar Steine auf Polizisten, die Gesellschaft hat sich daran gewöhnt. Aufsehen und Empörung gibt es allenfalls noch, wenn am 1. Mai Rechtsradikale gewalttätig werden, so wie gestern in Weimar. Da flammt nochmal kurz Empörung der sogenannten Bürgergesellschaft auf, aber im Grunde hat man sich an die alljährliche ritualisierte Gewalt gewöhnt.

Ich hatte in meinen Berliner Jahren mehrfach das zweifelhafte Vergnügen, als Radioreporter den 1. Mai in Kreuzberg miterleben zu dürfen. Meine Kollegen und ich zogen alte Klamotten an, ließen Visitenkarten und anderes, das uns als Mitarbeiter eines nicht-revolutionären Senders identifizieren konnte, im Schreibtisch, und dann ging’s los. Bisweilen war es beängstigend, dieses Ritual. Der „schwarze Block“ mit Horden vermummter Gestalten, die dümmliches Zeug skandierten. Aber auch die Einsatzhundertschaften der Polizei in ihren bulligen Schutzanzügen, die beim Vorrücken mit ihren Knüppeln rhytmisch auf die Schilder schlugen und so eine durchaus martialische Erscheinung abgaben.

Ja, gestern war es nicht so schlimm wie früher mal. Das ist wahr. Was mich stört, ist die völlig unaufgeregte und desinteressierte Haltung unserer Gesellschaft zu den alljährlichen Vorgängen. Man konsumiert das, als gehört es zum normalen Jahreskreislauf. Weihnachten: Tannenbaum, März: Frühlingsanfang, 1. Mai: Krawalle. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die eingesetzten Polizisten. Allein in Berlin waren es gestern 6.000. Im Berliner „Tagesspiegel“ erschien dazu jetzt ein lesenwerter Beitrag, verfasst vom Sohn eines solchen Polizeibeamten. Er schreibt: „Am 2. Mai bewegten wir uns nur schleichend durch die Wohnung, bis mein Vater mittags aus dem Schlafzimmer kam. Handgroße blaue Flecken auf Beinen und Armen, Prellungen und Verstauchungen waren keine Seltenheit. In seinem Blick lag Erschöpfung, er hatte tiefe Augenringe.“

Interessiert es jemanden? Wohl nur wenige. Es ist 1. Mai, und die „Bullen“ sollen das regeln, damit wir in Ruhe grillen oder Radtouren veranstalten können. Und auf jeden Fall muss die Polizei deeskalieren, damit sich die neue SA auf den Straßen deutscher Großstädte nicht provoziert fühlt, zum Beispiel durch grimmigen Gesichtsausdruck eines Beamten oder die bloße Anwesenheit Uniformierter. Die Polizisten, die für uns alle die Knochen hinhalten, wie man das in meiner Heimat sagt, dürfen nicht nur keinen Dank der Gesellschaft erwarten, sondern nicht einmal Interesse. So, wie übrigens auch unsere Soldaten. Es ist schäbig.

Da legen wir gern noch etwas Geld drauf

„Für den Mathematikunterricht benötigt Ihr Kind ab dem kommenden Schuljahr einen graphikfähigen Taschenrechner…“ So beginnt ein aktueller Brief der Schule, die unser Sohn besucht. Mit dem „Taschenrechner-Erlass“ vom 27. Juni 2012 werde die Nutzung solcher Taschenrechner in der Oberstufe verbindlich, erfahren meine Frau und ich und denken: kein Problem, wir haben ja Lernmittelfreiheit. Wenn unser Sohn das so als zwingend notwendig vorgeschrieben bekommt, wird die Schule ihm schon den entsprechenden Rechner zur Verfügung stellen. Doch weit gefehlt. Uns wird mitgeteilt, dass wir entweder exakt diesen Rechner besorgen sollen oder uns einer Sammelbestellung der Schule anschließen könnten. Dann kostet es uns nur 85 Euro. Das Prinzip Lernmittelfreiheit scheint hierzulande einige Dellen bekommen zu haben, und gleich fällt mir ein, was zwischendurch sonst immer noch so zu kaufen ist, Bastelmaterial für den Kunstunterricht etwa, Reclam-Heftchen für das Verständnis der Weltliteratur, und natürlich gibt es auch immer mal die Umlage namens „Kopiergeld“. Bei mehreren Kindern summiert sich das und wirft die Frage auf: Warum müssen wir Bürger, die mit unseren Steuern ohnehin den ganzen Staatsapparat finanzieren, immer zusätzlich berappen, wenn wir etwas brauchen? Warum schließt die angebliche Lernmittelfreiheit nicht alle Lernmittel ein? Oder nehmen Sie etwas, das alle betrifft. Jeder Deutsche muss ein amtliches Ausweispapier haben, ich glaube ab 16 Jahren. Gehe ich zum Einwohnermeldeamt und beantrage einen Personalausweis, muss ich Gebühren zahlen. Mein Sohn hat jetzt seinen Reisepass verlängern lassen, nicht neu beantragt, sondern verlängert. Kostet 59 Euro. Und wie üblich fragt niemand in Deutschland, mit welcher Berechtigung eigentlich die staatlichen Einrichtungen und Mitarbeiter, die wir finanzieren, uns Geld abknöpfen, wenn wir eine Leistung von ihnen haben wollen.
Eine Unternehmerin am Niederrhein erzählte mir einmal, dass sie eine neue Halle für ihren Betrieb gebaut hat. Mehr als 15 Prozent der gesamten vorgesehenen Summe für den Bau ging für gesetzlich vorgeschriebene Gutachter drauf. Zitat: „Da kommen zwei Mann für zehn Minuten, übergeben mit ein Ringbuch mit Formblättern, die ich lesen und beachten soll. Nach zehn Minuten waren sie wieder weg. Dafür musste ich 1.500 Euro bezahlen.“ Wie meistens in Deutschland stellt dieses System niemand in Frage. Es wird schon alles seine Ordnung haben, wir sind ja in Deutschland.

Die Frage nach dem Ob stellt sich nicht einmal

Schon wieder! Auch heute befindet sich ein Flüchtlingskahn im Mittelmeer in akuter Seenot. Mindestens 300 Menschen sollen an Bord sein, darunter wie jedes Mal Frauen, Kinder und Alte. Nicht erst seit dem Tod von 900 Flüchtlingen am vergangenen Wochenende im Mittelmeer ist klar, dass die Situation

unhaltbar geworden ist. Wenn wir hier das christliche Abendland hochhalten wollen, wenn die EU nicht wieder bei einer internationalen Krise versagen will, dann muss jetzt sofort, ohne jegliche Zeitverzögerung, massiv eingegriffen und geholfen werden. Die Frage, ob Europa, ob der Westen und damit auch Deutschland den Flüchtlingen helfen sollte, stellt sich nicht einmal. Was wären wir für Zyniker, was wären wir für erbärmliche Unmenschen, wenn wir dem Sterben auf hoher See ungerührt zuschauten? Rupert Neudeck, Mitbegründer von „Cap Anamur/Deutsche Notärzte“, hat gestern im Fernsehinterview Stellung bezogen: Die EU-Länder müssen Schiffe ihrer jeweiligen Marine vor die Küste Nordafrikas entsenden, Handelsschiffe müssen aufgefordert werden, einzugreifen und Flüchtline zu retten – vielleicht sogar gegen Prämienzahlungen im konkreten Hilfsfall. Das Sterben muss beendet werden – das hat oberste Priorität, das ist die allererste Aufgabe. Doch damit ist es wahrlich nicht getan. Selbst wenn die reichen Länder des Westens vorübergehend mehr Flüchtlinge aufnehmen, löst das die Probleme nicht. Offiziellen Schätzungen zu Folge sind derzeit auf dem afrikanischen Kontinent rund 18 Millionen Menschen auf der Flucht in Richtung Mittelmeer. Ihr Ziel und ihre einzige Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben ist Europa. Eine Hoffnung, die wir nicht erfüllen können, selbst wenn wir es wollten. Um das Problem zu lösen, müssen Hoffnung und Zukunft nach Afrika gebracht werden. Das ist ein langwieriger Prozess, aber die reichen Länder könnten mehr tun, noch viel mehr. Es müssen menschenwürdige Wohnräume dort entstehen, es müssen Nahrung und sauberes Wasser her, und es muss Bildung her. Ja, Bildung. Es klingt so nach Klischee, wenn immer von Brunnen bohren und Schulen bauen geredet wird, aber genau darum geht es. Auch. Wenn wir keine Mauer errichten wollen, um uns von Elend und Hoffnungslosigkeit abzuschotten, gibt es nur diesen Weg: den Leuten in Afrika wirklich zu helfen, eine menschenwürdige Zukunft aufzubauen. Und ihnen zu sagen, dass wir bei weitem nicht alle, die zu uns kommen wollen, aufnehmen können.
Über die Flüchtlingsproblematik habe ich verschiedentlich geschrieben. Ja, wir müssen helfen – ohne Wenn und Aber. Und wenn wir helfen wollen, dann muss die Politik auch klare Kante für diejenigen zeigen, die wirklich Hilfe brauchen, die sich in die Hände gewissenloser Schleuserbanden und in Lebensgefahr begeben haben, um Europa oder Deutschland zu erreichen. Es ist unerträglich, dass noch immer 90 Prozent der in Deutschland abgelehnten Asylbewerber bleiben dürfen. Und für diejenigen, die in diesen Tagen und Wochen aus Angst um ihr nacktes Überleben dem Wahnsinn im Nahen Osten entkommen sind und zu uns fliehen, wird der Platz knapp.

Das widerwärtige Geschäft mit den Gebärsklavinnen boomt

Im Strand Palace Hotel in London fand am 21. März wieder die alljährliche Surrogacy Conference statt, also ein Kongress, der sich mit dem Thema Leihmutterschaft beschäftigt. Ärzte und Geschäftemacher informierten dort darüber, wie sich Paare auf diesem Weg ein Kind organisieren können, und Paare erzählten wort- und tränenreich, wie toll das alles bei ihnen gelaufen ist. Ja, Paare, die auf natürlichem

Weg selbst keine Kinder zeugen können, sind oft verzweifelt und zu fast allem bereit, sich den Kinderwunsch zu erfüllen. Manche wählen den Weg über die künstliche Befruchtung, andere adoptieren Kinder, und manche mieten sich eben eine Gebärmutter mit einer Frau drumherum. Moderne Zeiten könnte man meinen. In den USA gibt es eine richtige Industrie mit Leihmütter-Agenturen dafür, und es wird viel Geld mit der Not von Paaren verdient. Zu den Kunden dieser Agenturen gehört stark anwachsend auch die Gruppe der gleichgeschlechtlichen Paare. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete jüngst darüber, dass „ein Fertilitätszentrum in Kanada" dokumentiert habe, „dass in den Jahren zwischen 2007 und 2011 mehr als zwanzigmal so viele schwule Paare zu seinen Kunden gehörten wie noch in dem halben Jahrzehnt davor".
Aber die Globalisierung macht auch vor diesem Thema nicht halt. Weil die Kosten niedriger sind, boomt das Leihmuttergeschäft derzeit in Gegenden der Welt, in denen Frauen oftmals in kaum vorstellbarer Armut leben. Länder wie Indien, Nepal oder Mexiko. Für 15.000 Dollar „Flatrate" werden dort Leihmütter zur Auswahl mit unlimitierten Versuchen angeboten, Zwillinge oder Drillinge ohne Aufpreis möglich, wie die FAZ weiter berichtet. Über was sprechen wir also? Frauen, die in auswegslosen Situationen sind, verkaufen für wenig Geld ihren Körper als Brutkasten. Sie lassen sich in heruntergekommenen Hinterhof-„Kliniken" Embryos einpflanzen, also mehrere gleichzeitig, von denen dann bei Erfolg die überzähligen „reduziert", also getötet werden. Manchmal wird nur auf zwei „reduziert", weil Zwillinge nicht zusätzlich kosten. „Buy one, get two." Die FAZ zitiert einen indischen Arzt mit den Worten: „Nein, wir fragen sie (die Leihmütter) nie, und sie werden nicht mal darüber informiert, wie viele übertragen werden. Das sind ungebildete Mädchen, Analphabeten."
Fassen wir zusammen: Im dritten Jahrtausend gibt es auf diesem Planeten eine neue Art der Sklaverei. Frauen werden als Produktionsmaschinen verwertet, ihre Armut wird von wohlhabenden Paaren aus den westlichen Ländern schäbig ausgenutzt. Was mit ihnen passiert, ist den Bestellern egal. Hauptsache die gewünschte Ware wird geliefert. Vielleicht werden Sie jetzt sagen: Ist alles nicht neu, es gibt Arbeitssklaven in Katar, die Stadien für das Milliardengeschäft Fußball-WM errichten, Todesfälle inklusive. Es gibt Sex-Sklavinnen, die von Menschenhändlern rund um den Erdball transportiert werden, um sich widerspruchslos von Männern vergewaltigen zu lassen (wie manche in Deutschland ja meinen, das sei ein „ganz normaler Beruf"), und es gibt Kinder, die im Alter von 12 Jahren zu Killern und Selbstmordattentätern ausgebildet werden. Diese Welt ist ein grauenhafter Ort, und was das Schlimmste ist: Niemand von den wirklich Mächtigen unternimmt ernsthafte Anstrengungen, all diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Das wäre doch gar nicht möglich, sagen Sie? Zu 100 Prozent sicher nicht, da haben Sie recht. Aber wenn Polizei und Justiz massiv gegen diese Strukturen vorgehen würden, wenn Leihmutter-Agenturen geschlossen, Menschenhändler und „Vermittler" von Arbeits- und Gebärsklaven durch Polizei und Justiz mit großem Aufwand verfolgt und bestraft würden, Prostitution nicht mehr als „ältestes Gewerbe" romantisch verklärt würde und Staaten, die diesen schäbigen Geschäften eine Basis geben, von der Weltgemeinschaft geächtet würden, könnte sich für viele Menschen etwas zum Besseren wenden. Aber wie gesagt: Es ist für die große Politik wohl nicht wichtig genug.

Mit atomaren Feuer spielt man nicht

Im politisch-publizistischen Meinungskampf gibt es derzeit kaum etwas Zynischeres, Geschichtsvergesseneres, ja bisweilen Widerwärtigeres als die Texte von Jakob Augstein, kleiner Sohn des großen Rudolf Augstein. Heute beschäftigt er sich in seiner spiegel-online-Kolumne mit Israel und Irans Streben nach einer eigenen atomaren Bewaffnung. Und wenn in einem Augstein-Text Israel vorkommt, ist Aufmerksamkeit geboten, hat er es mit seinen Stellungsnahmen zu diesem Thema doch sogar schon einmal auf die Liste des Simon Wiesenthal Centers der „Top Ten Anti-Israel/Anti-Semitic Slurs“, der Top Ten der antiisraelischen oder antisemitischen Verunglimpfungen, geschafft.
Heute erfreut uns der junge Herr Augstein mit der Feststellung: „Die iranische Bombe ist nicht mehr zu verhindern. Aber ist das eine Katastrophe?“ Und er versteigt sich zu der These: „Es ist nicht in erster Linie das iranische Streben nach der Bombe, das der Region die Stabilität raubt – sondern Israels alleinige Verfügung darüber.“ Also in meinen Worten: Nur Israel hat im Nahen Osten Atomwaffen, und das gefährdet den Frieden. Und erst wenn auch arabische Staaten mit der ultimativen Zerstörungswaffe ausgestattet sind, wird es wirklich friedlich. Ist es gutmenschliche Naivität des Autors, oder meint er das wirklich ernst? Ich glaube mit Blick auf Jakob Augsteins Gesamtkunstwerk schreibenden Schaffens, dass es schlimmer ist. Ich glaube, dass er genau weiß, dass nicht Israel seine Nachbarstaaten mit Vernichtung bedroht, sondern einige dieser Nachbarn Israel. Und zwar nicht einfach nur mal so ein bisschen, sondern mit der Drohung totaler Vernichtung, mit der Auslöschung des ganzen Staates. Kaum ein Land hat diese Drohung unverblümter und eindeutiger formuliert, als der Iran. Bis in die jüngste Vergangenheit.
Der einzige Grund, weshalb es Israel überhaupt noch gibt, ist seine militärische Dominanz im Nahen Osten und das Wissen der Feinde um sein nukleares Waffen-Potential. Nur dies und das Bündnis mit den USA sichern bis heute seine Existenz. Benachbarte Staaten, die ebenfalls in den Besitz von Atomwaffen kämen, würden das Risiko eines großen Krieges vervielfachen, besonders wenn instabile Staaten am Drücker sitzen. Instabil ist der Iran nicht, aber er ist unberechenbar, wie wir gerade sehen, wo nur Stunden nach dem staatlicherseits mühsam ausgehandelten Atom-Kompromiss die Mullahs alles wieder in Frage stellen. Wer diesen Leuten Massenvernichtungswaffen in die Hände geben oder auch nur dabei zuschauen will, wie sie sich solche Waffen selbst beschaffen, potenziert die Kriegsgefahr und spielt mit dem atomaren Feuer.

Befreit euch endlich von politischer und materieller

Last!

Als ich heute früh die Aral-Tankstelle meines Vertrauens aufsuchte, um zehn frische Brötchen zu erwerben, wollte ich einen gewohnt lockeren Spruch anbringen. Zu der Dame an der Theke sagte ich mit Blick auf ihre Backwaren: „Na, heute ist für Sie ja wohl der umsatzstärkste Tag des Jahres.“ Fragend schaute sie zurück. Ich setzte nach: „Karfreitag! Da haben die Bäckereien doch alle geschlossen.“ Ihr Gesicht hellte sich auf: „Gut, dass Sie das sagen. Daran hatte ich noch gar nicht gedacht. Dann werde ich gleich noch ein paar Brötchen mehr in den Ofen schieben…“ Manche Erlebnisse im Alltag übersteigen selbst meine Vorstellungskraft. Dazu passt auch meine Suche nach einem passenden Foto zu dieser Kolumne heute Morgen. Bei einer großen internationalen Fotodatenbank mit Millionen von Motiven gab ich als Suchwort „Karfreitag“ ein. Was ich erhielt, waren zunächst unzählige Hasen-Cartoons mit bunten Eiern drumherum. Es ist ein Elend, mit welcher Rasanz der christliche Glaube und das Wissen um die Grundlagen des christlich (-jüdischen) Abendlandes in unserer Wohlstandsgesellschaft überrollt wird.

Über die Gründe muss man nicht groß nachdenken, sie fallen einem wie reife Äpfel vor die Füße. Es ist zum einen der Wohlstand, der viele Menschen glauben lässt, es brauche keinen Gott mehr, um ihr eigenes Schicksal positiv zu beeinflussen. Es sind Elternhäuser, Schulen und Kirchen, die in der Masse jämmerlich dabei versagen, jungen Leuten zu erklären, um was es bei der Lehre Christi geht. Es ist die „Fit for Fun“-Generation, die vor lauter Spaß-Events, Playstations und Supermodels, die zu finden sind, keine Zeit mehr hat, sich mit Nebensächlichkeiten wie der Frage nach dem Wie und vor allem Warum der menschlichen Existenz zu beschäftigen. Es ist die Entscheidung für einen anderen Glauben, sei es den Buddhismus, wo alles so freundlich, nett und ausgeglichen ist, sei es „die Natur“, wo allerdings die Frage unbeantwortet ist, wer die eigentlich gemacht hat, oder sei es der Atheismus, der mit seiner aufgesetzten Überheblichkeit, alles wirklich ganz genau erklären zu können, deutliche Anzeichen einer Sekte trägt.

Der entscheidende Grund allerdings sind unsere Amtskirchen, deren finanzielle Basis unerschütterlich ist und ihnen trotz sinkender Mitgliederzahlen steigende Kirchensteuereinnahmen beschert. Deren Zeugnis durch bisweilen widerwärtige Anpassung an den Zeitgeist verwässert wird. Die gute Geschäfte als Sozialdienstleister mit eigenen Krankenhäusern, Beratungsstellen, Kindergärten und Altenheimen machen. Dafür lassen sie den Herrgott auch mal einen guten Mann sein, etwa wenn sich die Caritas gegen das Betreuungsgeld ausspricht, denn Krippenplätze bringen natürlich auch dieser Unternehmung ordentliche Staatszuschüsse. Die offiziellen Medien der Kirchen lohnen – Ausnahmen gibt es natürlich – nicht einmal mehr einer kritischen Würdigung, so belanglos sind sie geworden. Und die Feigheit vieler deutscher Bischöfe, auch der katholischen, ist erbärmlich. Wo sind die tapferen Kirchenmänner, wenn es um den Kampf gegen Sterbehilfe geht? Warum nimmt nicht ein einziger Bischof an dem alljährlichen 1000-Kreuze-Marsch in Berlin für das Recht auf Leben eines jeden Menschen teil? Wo sind die Kirchen beim verzweifelten Protest Tausender Eltern in Baden-Württemberg gegen den Angriff von rot-grünen Gender-Ideologen auf ihre Kinder und auf die traditionellen Familien? Sie passen sich an, sie wollen nicht anecken, sie wollen auch in Zukunft an die Buffets der Mächtigen eingeladen werden, die ihnen wohlwollend auf die Schultern klopfen, aber in Wahrheit über sie lachen. Lieber Gott, wie wünsche ich mir heute einen Ruhrbischof wie Franz Hengsbach zurück oder Fuldas streitbaren Kirchenführer Johannes Dyba. Wo sind die Kirchenführer bei den Katholiken und bei den Evangelischen, die noch einen

– verzeihen Sie! – Arsch in der Hose haben und zu ihren, zu unseren Überzeugungen ohne Wenn und Aber stehen? Jesus Christus hat gesagt, sie und wir sollen rausgehen in alle Welt und seine Botschaft „verkünden“. Er hat nicht gesagt: Geht raus, bildet Stuhlkreise, palavert und passt Euch an!

Alles nicht schön, wenn man auf die deutschen Amtskirchen schaut, in denen viele stolz darauf sind, wie perfekt und ökonomisch erfolgreich sie den Niedergang verwalten. Und dennoch ist es für einen Abgesang auf das Christentum zu früh. Ja, die Kirchen werden in Deutschland weiter schrumpfen. Und sie werden sich verändern, durch strukturelle Maßnahmen wie die Zusammenlegung von Gemeinden, durch Laienorganisationen, die nicht dazu beitragen, den Glauben in die Gesellschaft, sondern den Mainstream und die Belanglosigkeit in die Kirchen zu tragen. Und durch Pfarrer, denen von ihren Bistümern so viele Aufgaben übertragen werden – von der Immobilienverwaltung bis zur Umsetzung von Sparplänen – , dass für Seelsorge und Verkündigung immer weniger Zeit bleibt. Doch überall in den Kirchen gedeihen bunte Pflänzchen, die Hoffnung auf einen neuen Aufbruch und auf eine neue Kirche machen. Die evangelikalen oder freikirchlichen Gemeinschaften mit ihrem lebendigen Gemeindeleben und ihrer großen Anziehungskraft auf junge Menschen sind es im evangelischen Bereich. Die neuen geistigen Gemeinschaften, all die Jugend 2000, Totus Tuus, Gemeinschaft Emmanuel, Nightfever,Regnum Christi u.s.w. sind es bei den Katholiken. Hier findet sich die Glaubensbegeisterung, die einstmals selbstverständlich war. Hier sammeln sich viele junge Menschen. Hier kann man die Zukunft erleben. Dies soll nicht die Leistung der engagierten Gemeindepfarrer schmälern, die es natürlich überall in Deutschland noch gibt, und die vielfach Großartiges unter widrigen Bedingungen leisten. Aber es soll den Blick darauf lenken, was notwendig ist, um wieder Strahlkraft auch auf Kirchenferne zu entwickeln: Das Bekenntnis zur Lehre Jesu und zu einem Gott. Wo das im Mittelpunkt steht, kommen die Menschen und hören zu. Wo aber all das heruntergeleiert wird, was uns der Mainstream tagein tagaus vorkaut, da entwickelt sich kein Feuer mehr. Oder wie es Papst Benedikt XVI. in seiner überragenden Freiburger Rede 2011 formulierte: „Die von ihrer materiellen und politischen Last befreite Kirche kann sich besser und auf wahrhaft christliche Weise der ganzen Welt zuwenden, wirklich weltoffen sein.“

Zu Besuch in den blühenden Landschaften

Das erste Mal in Erfurt war ich Anfang 1990. Die DDR existierte noch, der Volkskammerwahlkampf war angelaufen. Zum ersten und letzten Mal waren die Bürger aufgerufen, ein wirklich freies DDR-Parlament zu wählen. Ich war als Journalist für einen Berliner Radiosender beauftragt worden, über die erste Wahlkundgebung der „Allianz für Deutschland“ mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Erfurter Domplatz zu berichten. 150.000 Landleute Ost drängelten sich dort und in den Seitenstraßen, ein wahrhaftes Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen war zu sehen. Mein Eindruck von der Stadt war damals das typische Grau in Grau, das den real existierenden Sozialismus allerorten dokumentierte. Graue Häuser und überall der Geruch von Zweitakter-Kraftstoff, aber gleichzeitig eine mit Händen zu

greifende Aufbruchsstimmung, wie ich sie niemals anderswo erlebt habe als in diesen Wochen und Monaten des gesellschaftlichen Umbruchs im Osten Deutschlands.
Ende vergangener Woche war ich wieder in Erfurt zu einem Vortrag. Die Stadt ist heute, ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung, gegenüber damals nicht wiederzuerkennen. Alles ist liebevoll restauriert, wunderbare Hausfassaden, eine Altstadt mit kleinen Gassen und einer überaus kreativen und lebendigen Kneipenszene. Auf den Straßen ist abends viel los. Thüringen geht es insgesamt gut. Es gibt einen florierenden Mittelstand, Handwerk hat hier goldenen Boden. Die Tourismus-Branche boomt, viele Menschen kommen nach Erfurt, Gotha, Eisenach und Weimar, zu bedeutenden Städten deutscher Geschichte. Das Bildungssystem in Thüringen ist eines der erfolgreichsten in Deutschland, wie jeder PISA-Test belegt.
Und nun haben die Thüringer einen Ministerpräsidenten namens Ramelow, der zwar aus dem Westen stammt, aber jener Versagerpartei aus der einstigen DDR angehört, die sich aufgehübscht und umbenannt hat, aber bis in alle Zeiten das Erbe der SED-Diktatur mit sich wird herumschleppen müssen. Bodo Ramelow ist smart, er kann’s gut mit den Medien. Und er sagt, dass er Christ sei, verzichtete aber bei seiner Vereidigung auf den Gottes-Zusatz, dieser Christ. Während der Fahrt habe ich viel darüber nachgedacht, warum Wähler bisweilen so irrational handeln, wie es zumindest eine Mehrheit in Thüringen getan hat. 75 Prozent aller Direktmandate im Lande hat die CDU errungen, bei den (entscheidenden) Zweitstimmen sah es deutlich schlechter aus. Hat also eine Abwahl von Frau Lieberknecht stattgefunden? Vielleicht. Lag es auch an den linksgestrickten meinungsführenden Medien? Vielleicht auch. Aber es gibt viele Parteien, die man wählen kann, auch linke. Warum müssen es die Nachlassverwalter der DDR sein? Wenn es irgendwo in den jungen Bundesländern blühende Landschaften gibt, dann in Thüringen. Haben die Leute dort vergessen, wie es früher war? Haben sie sich so sehr daran gewöhnt, in einer freien und weitgehend wohlhabenden Gesellschaft zu leben, dass sie Experimente riskieren? Ich weiß es nicht. Jedenfalls werde ich solches Wahlverhalten nie begreifen.

Eine Schocker-Zahl und die Wirklichkeit dahinter

Zeitungsleser und überhaupt Mediennutzer wissen es längst: Frauen sind immer Opfer. Sie werden benachteiligt, sie stoßen beim Aufstieg an gläserne Decken, sie werden von ihren männlichen Partnern zum trostlosen Dasein am heimischen Herd gezwungen, und natürlich werden sie auch grundsätzlich schlechter bezahlt als Männer – und zwar um 22 Prozent, wie man uns heute zum sogenannten „Equal Pay Day“ mal wieder dauerberieselt. Das Problem dabei: Um auf diese niederschmetternde Zahl zu kommen, rechnet sich die Feminismus- und Gender-Industrie die Zahlen auf eine dreiste Weise passend, die weit unter dem in anderen Zusammenhängen gern gegeisselten „Stammtisch-Niveau“ bleibt.
Einfach erklärt funktioniert das so: Man zählt die Durchschnittsgehälter von Frauen zusammen und teilt sie. Und dann zählt man die Durchschnittsgehälter von Männern zusammen und teilt sie. Und in der Tat: dann gibt es einen Unterschied von 22 Prozent zuungunsten der Frauen. Das aber hängt mit zwei

Faktoren zusammen, die gern unterschlagen werden. Zum einen wählen Frauen in großer Zahl Berufe, die sie freiwillig gern ausüben, und die schlechter bezahlt sind. Etwa (skandalöserweise!) in Pflegeberufen, im Sekretariaten, als Verkäuferin im Einzelhandel oder – ja, auch das – als Friseuse. Männer hingegen entscheiden sich meistens für technische Berufe oder streben eher nach Führungspositionen in Verwaltungen und Unternehmen, die besser bezahlt werden. Auch der berühmte alljährliche „Girl's Day" hat daran trotz Millionen Euros Staatsknete nichts ändern können. Das ist zu bedauern, aber es ist statistisch unübersehbar, dass keineswegs jede Frau Managerin oder Vorstand(_*In) werden oder in einen Aufsichtsrat berufen werden WILL. Nicht, weil das System ihnen den Zugang versperren würde. Nicht, weil sie nicht genauso klug und bestens ausgebildet sind wie Männer. Sondern weil sie es wollen.
Der zweite Grund ist: Frauen bekommen Kinder. Eine ganze Industrie beschäftigt sich heutzutage damit, diesen Aspekt in der politischen Diskussion entweder auszublenden oder wenigstens Modelle zu entwickeln, Kinder schnellstmöglich nach der Geburt wegzuorganisieren. Mutti in die Produktion! Doch trotz deutlicher materieller Benachteiligung entscheidet sich auch im Jahr 2015 in Deutschland eine Mehrheit von ca. 65% der Eltern – und damit überwiegend der Mütter – dafür, die ersten Worte und Schritte des eigenen Nachwuchses selbst mitzuerleben und nicht aus den Erzählungen der Krippen-Betreuerinnen zu erfahren. Auch das mag man bedauern – ich tue das ausdrücklich nicht. Die Folge ist jedoch, dass diese Frauen für zwei oder gar drei Jahre pro Kind vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind. Da wir in Zeiten des Manteltarifvertrages inzwischen viele Branchen haben, in denen Lohnsteigerungen nicht mit guten Leistungen, sondern mit jahrelanger Anwesenheit „erworben" werden, sind Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern, klar im Nachteil. Von einer Bundesfamilienministerin sollte man erwarten, dass sie sich darum kümmert, diese Diskriminierung von Müttern zu bekämpfen und Modelle zu entwickeln, dass diese (meistens) Frauen, die einen unschätzbaren Dienst für unsere Gesellschaft leisten, indem sie Kinder bekommen und großziehen, keine finanziellen Einbußen erleiden müssen. Aber Manuela Schwesig baut Krippen und kämpft gegen Rechts. Die Mehrheit der Mütter in Deutschland hat von dieser Ministerin wahrlich nichts zu erwarten.
Betrachtet man sich die Fakten, relativieren sich die 22 Prozent sehr stark. Das Statistische Bundesamt geht von acht Prozent Gehaltsunterschied aus, das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) spricht von vier Prozent. Diese ungerechtfertigten Unterschiede gilt es zu bekämpfen, da bin ich ganz vorn dabei. Aber die medial verbreiteten Horrormeldungen der Gender-Industrie dienen nur dazu, ein Thema immer wieder aufzuwärmen, mit denen man wunderbar Fördergelder vom Staat begründen, ja abzocken kann.

Lieber auf hohe See als in einen deutschen Gerichtssaal

Derzeit lese ich ein Buch des früheren Bundesarbeitsministers Norbert Blüm. Es ist nicht der Sicherheit unseres Rentensystems gewidmet, sondern trägt den schönen Titel „Einspruch! Wider die Willkür an

deutschen Gerichten“. Und genau darum geht es. Stilistisch nicht unbedingt ein Reißer, bringt Blüm die Dinge dennoch auf den Punkt. Das System der Rechtsprechung in Deutschland entwickelt sich fragwürdig. Wohl motiviert durch unglaubliche Urteile an Familiengerichten nennt der Autor die Dinge beim Namen. Akribisch listet er Fälle auf, in denen Richter(innen) zu Verhandlungen völlig unvorbereitet erschienen und wohl nicht einmal die Akten gelesen hatten. Er wirft die Frage auf, inwieweit sich der ehrenwerte Beruf des Rechtsanwalts von einem Organ der Rechtspflege hin zu zu einer Abkassiermaschine entwickelt hat. Wird überhaupt noch Recht gesprochen, oder entscheiden Gutachter heutzutage Gerichtsverfahren (besonders im Familien- und Jugendbereich)? Ist das unbedingte Streben von Richtern(innen) nach Abschluss eines Vergleichs unserer Rechtsordnung dienlich? Vergleiche dienen ja sehr oft dazu, nicht im Detail verhandeln zu müssen und somit viel Arbeit vom Schreibtisch zu schaffen.
Wie steht es mit der Fairness gegenüber Prominenten bei Verfahren? Fragen Sie mal Herrn Kachelmann, der in Absprache mit Pressefotografen öffentlich vorgeführt wurde. Fragen Sie mal den früheren Postchef Zumwinkel, bei dem vor der staatsanwaltschaftlichen Hausdurchsuchung am frühen Morgen Übertragungswagen und Kamerateams vor dem Haus auffuhren. Woher, wenn nicht aus dem Justizapparat, wussten die Medien davon? Fragen Sie mal Uli Hoeneß, aus dessen Ermittlungsakten in Zeitungen breit zitiert wurde. Wo ist dessen Recht auf informationelle Selbstbestimmung, über das in diesem Land immer so laut und weinerlich lamentiert wird? Oder nehmen Sie den früheren Arcandor-Boss Thomas Middelhoff. Der sitzt inzwischen seit Monaten in einer Zelle, verhaftet noch im Gerichtssaal. Sein „Verbrechen“: Er hatte sich von seinem finanziell angeschlagenen Konzern Flüge in Privatjet und Hubschraubern bezahlen lassen. Schaden: ca. 500.000 Euro. Dafür gab es drei Jahre Haft, die aber noch nicht rechtskräftig sind. Dennoch sitzt er ein, weil die Richter Fluchtgefahr annehmen. Ein Freund von mir aus den Medien, der den Prozess intensiv verfolgt hat und Middelhoff persönlich kennt, schilderte mir letztens sehr überzeugend seinen Eindruck. Die arroganten Auftritte des stets braungebrannten und in Maßanzügen gewandeten Topmanagers vor Gericht hätten die Richter derart genervt, dass sie ein Exempel statuieren wollten. Richter mögen demütige und reuevolle Beklagte. „Ich bin der ideale Sündenbock“, hatte Middelhof mal über sich gesagt. Da ist etwas dran. Aber ist das Recht? Die jungen Männer, die im Oktober 2012 den 20-jährigen Jonny nachts auf dem Berliner Alexanderplatz totgeprügelt haben, stellten sich später bei der Polizei und gaben eine Aussage zu Protokoll. Dann durften sie bis zum Prozessbeginn nach Haus gehen. Die Richter sahen bei ihnen keine Fluchtgefahr, vielleicht weil sie keine Maßanzüge trugen. Der Hauptbeschuldigte setzte sich vor dem Prozess in die Türkei ab.
Mir geht es nicht darum, Prominente und ihre Taten zu beurteilen. Mir geht es um unser Rechtssystem insgesamt. Herr Kachelmann zum Beispiel ist freigesprochen worden. Er hat monatelang in U-Haft gesessen. Seine Ermittlungsakten wurden in Redaktionen herumgereicht, ganz Deutschland hat einen Einblick in seine vermeintlichen sexuellen Vorlieben und sein Liebesleben bekommen. Seine Firma hat die einträglichen Aufträge der öffentlich-rechtlichen Staatssendeanstalten verloren. Eine Rückkehr auf den Bildschirm in Deutschland bleibt Deutschlands einst beliebtestem Wetterfrosch verwehrt. Ist das Gerechtigkeit? Was nützt ihm sein Freispruch? Wer entschädigt ihn für die zerstörte Reputation, für seine Ehre? „Vor Gericht und auf hoher See sind alle Menschen in Gottes Hand“, so sagt der Volksmund. Wenn ich darüber nachdenke, erscheint mir eine Fahrt im Kutter auf hoher See häufig als die sicherere Variante.

Herr Diez und die „opportunistischen Arschlöcher“

Wenn man sich mit dem imposanten Niedergang des Qualitätsjournalismus in Deutschland beschäftigt, kommt man um Georg Diez nicht herum. Der ist Autor bei „Spiegel Online“ und hat der Welt einst zwei Standardwerke über die Beatles und die Rolling Stones geschenkt. Was ihn allerdings zu einem Kritiker gesellschaftlicher oder politischer Entwicklungen befähigt, erschließt sich nicht so ohne Weiteres, wenn man eine Blick auf seine Texte wirft. Inhaltlich geißelt er alles, was irgendwie nicht links ist, stilistisch auf einem Niveau dargeboten, das viele mir bekannte Lokaljournalisten mühelos übertreffen. In seinem neuesten Text hat er sich nun also „die Reaktionäre“ vorgenommen. In der Sache bietet er wie üblich keine neuen Gedanken und Erkenntnisse. Vielmehr reiht er Plattitüden aneinander, die nur deshalb einer Betrachtung wert sind, weil sie in einem sogenannten „Qualitätsmedium“ erscheinen, das eine erhebliche Anzahl von Lesern erreicht.

Diez schreibt – zusammengefasst – dass Menschen, die seine Mainstream-Auffassungen nicht teilen, irgendwie doof sind. Das liest sich dann so: „Er verachtet die Vernunft, er widert sich vor der Wirklichkeit und ekelt sich vor der Empirie – und kann von jeder Bodenhaftung befreit loslegen.

Der Schneeball? Haha! Gender Gaga? Haha!“ Keine schlechte Sache für das aktuelle Buch meiner Frau („Gendergaga“), derart liebevoll beworben zu werden. Aber bemerkenswert beim Diez’schen Text ist, dass er vollkommen faktenfrei bleibt. Er belegt seine Sicht der Dinge….durch nichts. Quasi ein Text über sein Gefühl, wie er wohl sein muss, der böse, böse „Reaktionär“. Umso erstaunlicher, dass derselbe Herr Diez noch am 9. Januar in einem Beitrag „die ungeheure Freiheit des Denkens“ würdigte. Seit heute wissen wir, dass er damit keinesfalls die Freiheit des Denkens allgemein meinte, sondern lediglich die Freiheit des Denkens derjenigen, die so denken wie er. All die Wissenschaftler rund um den Erdball, die fundierte Kritik an der neuen Religion um den menschgemachten Klimawandel üben, gehören nicht dazu. Auch diejenigen, die davon überzeugt sind, dass Frauen heute alles aus eigener Kraft erreichen können, ohne dass der Staat Zwangsbeglückung in Form von Quoten und „Girl’s Day“ leisten muss, mag der Herr Diez nicht. „Es ist“, so schreibt er, „wie gesagt, ganz einfach, Reaktionär zu sein: Man muss nur sagen, dass weiß schwarz ist oder schwarz weiß, je nachdem.“ Gerade so, als sei am Berufsemanzentum unserer Tage oder an der durch kein demokatisches Gremium legtitimierten Verhunzung der deutschen Sprache irgendetwas Buntes.

Als der Journalist und Buchautor Matthias Matussek nach 26 Jahren beim „Spiegel“ das Nachrichtenmagazin verließ und zur „Welt“ wechselte, beschrieb er seinen Ex-Kollegen Diez in einem Interview als „eifernden Denunzianten“ und „Schienbeintreter“, dem er öfter gesagt habe, „dass er eine Niete ist“. Und weiter sagte Matussek: „Man nennt ihn ja den Thesen-Diez, er liest von Büchern eben meistens nur die Klappentexte und hat sofort eine angespitzte These.“ Gab es bisher vielleicht noch leise Zweifel an dieser Einordnung, so darf sie mit dem neuesten Diez’schen Beitrag als belegt gelten, jedenfalls wenn man den Kontext betrachtet, in dem er über „Dann mach doch die Bluse zu“ schreibt. Seinen aktuellen Text über Menschen, die anders denken als er selbst, und die angeblich alternativlose Wahrheiten zu hinterfragen bereit sind (sollte eigentlich auch die Aufgabe von Journalisten sein), schließt

er mit dem Urteil über diese Menschen: „Was für opportunistische Arschlöcher.“ Fast ist man geneigt, spontan zu antworten: Was für ein hirnloser Vollpfosten. Aber das mache ich natürlich nicht, sondern ich blättere nochmal beim großen Gesellschaftserklärer Georg Diez. In seiner Kolumne vom 2. Januar dieses Jahres beweint er „Das Ende des Meinungsmonopols“ und schreibt: „Die alten Gewissheiten der journalistischen Meinungsführer geraten ins Wanken: Nicht nur die ökonomische Basis ist bedroht, auch Glaubwürdigkeit und Deutungshoheit.“ Nun müsste ihm nur noch jemand erklären, dass dies genau in dieser Art mäßig begabter Mainstream-Gestalten im Journalismus begründet liegt, wie er selbst einer ist.